



Sprecher/in	Kontaktadresse
Johannes Spatz	Gesundheit 21 Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf Bergstr. 90, 12154 Berlin Tel.: 030-6321-4703d (Fax:-1220) johannes.spatz@berlin.de
Gundula Conseur	Krankenhaus Spandau Tel.: 030-3387-1090 gconseur@khs-berlin.de
Dr. Andreas Mappes	Deutsches Herzzentrum Berlin 13353 Berlin, Augustenburger Pl. 1 Tel.: 030-4593-2600 (Fax:-2700) mappes@dhzb.de

Presseerklärung

12.05.03

Tabakpolitik der Bundesregierung unglaublich

Die von der Bundesrepublik angekündigte Erhöhung der Tabaksteuer ist aus gesundheitspolitischer Sicht sehr zu begrüßen und wird von dem Forum Rauchfrei in Berlin uneingeschränkt unterstützt. Doch ist dies nur vordergründig eine fortschrittliche Tabakpolitik. Dies wird an dem Umgang mit der WHO-Tabakrahenkonvention, die auf der Weltgesundheitskonferenz in Genf (19. bis 28. Mai) unterschrieben werden soll, deutlich. Dabei hat die Bundesregierung insbesondere mit einem umfassenden Tabakwerbeverbot Probleme.

Der Sprecher des „Forums Rauchfrei in Berlin“, Johannes Spatz, findet es skandalös, dass die Bundesregierung einerseits die WHO-Rahmenkonvention unterschreiben will, aber andererseits plant, gegen das EU-Verbot für grenzüberschreitende Tabakwerbung zu klagen. Die Unterschrift unter die Konvention sei, so Spatz, unglaublich, wenn die Regierung im eigenen Land die Umsetzung wichtiger Teile der Konvention boykottieren will.

Unglaublich sei auch, dass die Regierung bei der übrigen Tabakwerbung (Plakatwerbung und Kinowerbung) der Tabakindustrie vollkommen freie Hand lassen will. Wohin das in der Vergangenheit geführt habe, zeige die Studie „Tabakwerbung für Jugendliche“ des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf von Berlin. Unter der Selbstkontrolle der Tabakindustrie wurde in der Vergangenheit systematisch um Jugendliche geworben.

Die Bundesregierung müsse deshalb umgehend selbst einen Gesetzentwurf für ein umfassendes Tabakwerbeverbot vorlegen. Die von der Regierung behaupteten verfassungsrechtlichen Vorbehalte gegen ein umfassendes Werbeverbot seien nicht gegeben. Die Dimension der Gesundheitsgefährdung, die auf Tabakwerbung zurückzuführen sei, überschreite bei Weitem die durch das Grundgesetz geschützten Interessen der Tabakindustrie. Ein umfassendes Werbeverbot würde nämlich in Deutschland den Tabakkonsum um 8 Prozent verringern und damit mehr als 10.000 Todesfälle in Folge des Rauchens verhindern.

